

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Angola-Gespräche in Kairo

Ägypten hat am Montag offiziell bestätigt, dass die dritte Runde der direkten Gespräche über den Angola-Konflikt und eine Lösung für Namibia in Kairo stattfindet. Die Verhandlungen sollen am Freitag beginnen und drei Tage dauern.

### Cavaco Silva bleibt an der Parteispitze

Der portugiesische Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva bleibt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Portugals (PSD). Er wurde am Sonntagabend in Lissabon zum Abschluss des dreitägigen 16. Parteikongresses mit 1056 von 1062 Stimmen im Amt bestätigt.

### Informationssperre abbauen

Laut süd-koreanischen Presseberichten haben das Erziehungs- und das Wiedervereinigungsministerium in Seoul beschlossen, der Bevölkerung Veröffentlichungen über den Norden, darunter auch nord-koreanische Publikationen, zugänglich zu machen. Auch Fernsehprogramme aus dem Norden sollen künftig gezeigt werden dürfen.

## BRD-Regierung

### «äusserst befremdet»

Bonn (AP) Die Bundesregierung ist nach den Worten ihres Sprechers Herbert Schmülling über das Vorgehen des DDR-Staatsicherheitsdienstes gegen bundesdeutsche Journalisten in Ost-Berlin «äusserst befremdet». Die Verhinderung der Berichterstattung stehe im Widerspruch zum Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten vom November 1972, erklärte Schmülling am Montag in der Bundespressekonferenz in Bonn.

Sie stehe auch im krassen Gegensatz zum Communiqué über den Bonn-Besuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker vom vergangenen September. Darin sei auf die grosse Bedeutung einer umfassenden, sachlichen Information durch die Medien für die weitere Entwicklung gutachbarschaftlicher Beziehungen hingewiesen und vereinbart worden, dass beide Seiten Journalisten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit grösstmögliche Unterstützung gewähren.

Der Bundesausschuss Medienpolitik der CDU nannte die Vorgänge eine schwere Belastung des deutsch-deutschen Verhältnisses.

## SP Graubünden unterstützt Cathomas

Chur (spk) Die Sozialdemokratische Partei (SP) Graubünden unterstützt Bernard Cathomas im zweiten Wahlgang um einen Sitz in der Bündner Regierung. Wie die Geschäftsleitung am Montag bekanntgab, rechnet die SP damit, Cathomas werde als Mitglied der Christlich-Sozialen Partei (CSP) innerhalb der CVP auch Anliegen der Sozialdemokraten vertreten.

**BUBO  
MARKER**  
Büro-Systeme  
0470 Buchs · 0490 Vaduz  
Telefon 085/8 33 10

## Problematische Situation der Kirche in der Gesellschaft

Dr. Herbert Wille: «Unsere Modernität feiert den Triumph der Vernunft auf Kosten des Glaubens»

Als zuständiges Ressortmitglied der Regierung hielt Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Sonntag bei der offiziellen Begrüssungsfeier für Weibischof Wolfgang Haas eine ausführliche Ansprache mit tiefgründenden Gedanken zur problematischen Situation von Kirche und Staat in der heutigen Zeit, in der unsere Modernität, so Dr. Wille, «den Triumph der Vernunft auf Kosten des Glaubens» feiert. «Ob die Kirche ihren Platz, den ihr der Staat in unserer Gesellschaft zugewiesen hat, bewahren kann, hängt sehr wesentlich von der Überzeugungskraft und der Bedeutung des Beitrages der Kirche für das gesamte gesellschaftliche Leben ab», stuft Dr. Herbert Wille, der sich bereits im Rahmen seiner Dissertation mit dem Verhältnis von «Staat und Kirche im Fürstentum Liechtenstein» eingehend befasst hat, die heutige Situation ein.

Tiefgreifende Wandlungen und Neuorientierungen haben sich in Kirche und Staat vollzogen. Die Kirche sieht sich in der heutigen Gesellschaft zusehends einem Dominanzverlust des Christlichen und einer zunehmenden Konkurrenz von Weltanschauungen gegenüber. Der institutionelle Mantel der Kirche ist nurmehr teilweise von der aktiven Gläubigkeit ausgefüllt. Unsere Modernität feiert den Triumph der Vernunft auf Kosten des Glaubens.

Trotz Entfremdung weiter Kreise der Bevölkerung von Kirche und Religion steht die Kirche keineswegs im gesellschaftlichen Abseits. Bei vielen Anliegen und Ängsten hofft unsere Gesellschaft nach wie vor auf die Kirche. Die Erwartungen an die Kirche sind sogar ausserordentlich hoch. Sie lassen sich aber nicht auf einen Nenner bringen, sind vielfältig, teilweise kontrovers und auch widersprüchlich. Die Kirche ist bei näherem Hinsehen vor schier unlösbare Aufgaben gestellt. Sie soll jedoch keine Normen vertreten, die in der Lebensführung und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen eingreifen.

Die Kirche muss sich über die Anschauungen und Erwartungen der Menschen orientieren und um Verständigung bemühen – und hier ist vieles zu tun, zu verbessern. Die Kirche kann auch nicht unverändert in einem sich wandelnden Umfeld verharren. Aber sie kann den Erwartungen und dem gesellschaftlichen Wandel nur entsprechen, soweit sie ihren Auftrag, ihre zentralen Inhalte nicht gefährdet. Dies ist der andere, nicht minder wichtige Teil: Die Bewahrung ihrer fundamentalen Identität.

Das Kirchenvolk befindet sich in einem Zustand der Unsicherheit. Dies haben die innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Ernennung von Wolfgang Haas zum Bischofskoadjutor gezeigt.

Begeben wir uns auf den Prüfstand. Müssen wir nicht zugestehen, dass das in Frage Gestellte nicht so sehr die Institution ist, sondern der Glaube selbst? Auch die Frage nach der Glaubensstreue muss gestellt werden.

**Verhältnis Jugend – Kirche**  
Ein ansehnlicher Teil der Jugend stellt die Übernahme der Ziele und Werte unserer Gesellschaft in Frage.

Die Jugend braucht ein Signal der Hoffnung. Es ist nötig, dass die Kirche, das heisst, wir, das ganze Kirchenvolk, der Jugend die Gründe zum Leben vermitteln.

Die Kirche ist aufgerufen, sich mehr als bisher mit den Gefahren auseinanderzusetzen, die die fortschreitende Verplanung des Menschen in seiner hochtechnisierten und hochindustrialisierten Gesellschaft mit sich bringt. Sie ist aufgerufen, dem Menschen gegen vielfältige gesellschaftliche Zwänge der modernen Gesellschaft einen Raum der Freiheit und der Selbstbestimmung, der Eigeninitiative und Verantwortung zu sichern. (Die grundlegenden Ausführungen von Dr. Wille im vollen Wortlaut finden Sie im Innern dieser Ausgabe).

## KOMMENTAR

Wir, also das Fürstentum Liechtenstein und seine Sitzgesellschaften, sind über das Wochenende wieder einmal international in die Schlagzeilen geraten. Nach Agenturmeldungen soll die in unserem Land heimatische Firma «Kimika» in einen Giftskandal verwickelt sein, der vorerst dem rumänischen Aussenhandelsminister Vaduva seinen Posten kostete. Wie die bisherigen Meldungen besagen, machte es die liechtensteinische Firma möglich, dass grössere Mengen gesundheitsschädlicher Stoffe in Rumänien abgelagert werden konnten.

Kaum ein Skandal in den letzten Monaten, der die Welt bewegte, ohne dass eine der vielen Sitz- und Holdinggesellschaften aus dem Fürstentum Liechtenstein nicht in irgendeiner Form beteiligt gewesen wäre. Über unser Land oder durch unser Land, so könnte der Eindruck entstehen, ist alles möglich. Dabei war noch vor wenigen Jahren die Reform des Gesellschaftsrechts als ein Instrument bezeichnet worden, um die hinlänglich bekannten Auswüchse einzudämmen oder zum Verschwinden zu bringen.

Die Regierung hatte damals in Aussicht gestellt, eine Reform durchzuführen, «um wirksame Vorkehrungen gegen Missbräuche zu treffen». Bei nüchterner Betrachtung der einschränkenden Massnahmen wurde allerdings zu jener Zeit schon klar, dass keine behördlich verordnete Massnahme und Einschränkung verhindern könne, wenn entweder menschliches Versagen oder gezielte Absicht dahinterstecke, dass weiterhin Missbrauch mit einer liechten-

### Sorgfaltspflicht?

steinischen Gesellschaft oder über eine hier domizilierte Firma betrieben werde. Doch zumindest sollten nach damaliger Auffassung in das Gesetz Garantien eingebaut und Kontrollen vorgesehen werden, um Missbräuche zu verhindern oder aufdecken zu können. Offenbar aber sind immer noch genügend Schlupfwinkel vorhanden, so dass in regelmässigen Abständen einschlägige Firmen aus Liechtenstein ins Zwielicht geraten. Eines der Reformziele der Gesellschaftsreform bildete die erhöhte Qualifikation und Sorgfaltspflicht des «liechtensteinischen» Verwaltungsrates einer Verbandsperson. Die erhöhten Qualifikationsanforderungen bestimmen, dass ein Mitglied der Verwaltung liechtensteinischer Staatsangehöriger sein muss, in Liechtenstein seinen Wohnsitz hat und als Rechtsanwalt, Rechtsagent, Treuhänder oder Buchprüfer zugelassen ist. Zur Verhinderung des Falls «Lucona» bis zur Vermeidung des neuesten Falls «Vaduva», um nur zwei Fälle aus einer Vielzahl von internationalen Skandalen mit liechtensteinischer Beteiligung zu erwähnen, reichten aber diese Anforderungen nicht oder nicht mehr aus.

Damit stellt sich die Frage nach einer erneuten Reform, um solche Missstände verhindern zu können. Zudem lässt sich die Frage stellen, ob die Sorgfaltspflicht nur auf dem Papier besteht und ob sich der relativ geringe Pauschalbetrag der einzelnen Sitzgesellschaft für die Steuerkasse lohnt, wenn auf der anderen Seite die mühsamen Bestrebungen für ein einigermaßen akzeptables Liechtenstein-Bild in der Welt dauernd ruiniert werden.

Ist das Holdingswesen ohne diese Skandale – mit seriöseren Geschäften – nicht mehr lebensfähig? Wie sehen die Vorstellungen für diesen Sektor in der Zukunft aus? Keine Stellungnahme von offiziellen Stellen. Nicht einmal in der perspektivischen Rede «Liechtenstein – morgen und übermorgen» des Regierungschefs ein Wort davon. Kein Wort – in der Tat.

(G. M.)

## Intensive Auseinandersetzung mit Landtagsvorlagen

Die FBP-Landtagsfraktion traf sich zur Vorbereitung der Landtagssitzung vom 29./30. Juni

Das umfangreiche Traktandum der nächsten Landtagssitzung vom 29./30. Juni verlangt von den Parlamentariern eine intensive Vorbereitung. Die FBP-Landtagsfraktion bereitet sich derzeit in einer Reihe von Sitzungen auf das reichhaltige Programm der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause vor.

Kaum jemals musste sich der Landtag in einer einzigen Sitzung mit derart vielen Geschäften vielfältigster Ausprägung befassen, wie das in der kommenden Sitzung der Fall ist. Im Mittelpunkt der Sitzung wird zweifellos der Rechenschaftsbericht der Regierung und die Jahresrechnung 1987 stehen, doch hat sich der Landtag auch mit einem Gesetz über die Strafprozessordnung, mit einer Vorlage zum Erbrecht sowie mit einer Änderung der Invalidenversicherung zu befassen.

Daneben stehen Vorlagen zur Bewilligung von Krediten und Nachtragskrediten, beispielsweise für die Papstgedenkstätte im Sportpark Eschen-Mauren, für die Entschädigung von Ernteeausfällen, für die Erstellung der Gastroknungsanlage in Schaan, für die Sanierung des Strassentunnels Gnalp–Steg sowie für die Erweiterung des Schulzentrums Mühlehöf in Vaduz.

Drei Berichte der Regierung werden sicher für eine längere Auseinandersetzung im Landtagsplenum sorgen: Einmal handelt es sich um den Bericht über Radio und Fernsehen mit Vorstellungen über die Mediennutzung in unserem Land, zum anderen um eine Stellungnahme auf das FBP-Postulat zur Über-



Die FBP-Landtagsfraktion traf sich zur Vorbereitung der umfangreichen Traktanden der kommenden Landtagssitzung vom 29. und 30. Juni zu mehreren Sitzungen. Unser Bild zeigt die Landtagsfraktion bei einer Vorbereitungssitzung am Wochenende.

(Bild: Brigitt Risch)

prüfung und Anpassung des Energiekonzeptes. Schliesslich liegt auch ein Bericht über ein Konzept zur Förderung des öffentlichen Verkehrs vor, der Richtlinien für die künftige Gestaltung des öffentlichen Verkehrswesens enthält.

Diese Anträge und Berichte erfordern von den Abgeordneten, die ihre Aufgabe als Parlamentarier und Volksvertreter ernst nehmen, eine intensive Auseinandersetzung. Allein kann ein einzelner

Abgeordneter diese Aufgabe kaum bewältigen, weshalb die FBP-Fraktion sich regelmässig zur Beratung der einzelnen Traktanden zu Sitzungen trifft. Nachdem bereits eine Sitzung während der letzten Woche stattgefunden hat, traf sich die FBP-Fraktion am Wochenende zu einer erneuten Besprechung, wobei das umfangreiche Traktandum – wie die Abgeordneten nach der Wochenend-Sitzung erklärten – noch weitere Sitzungen beanspruchen werde.

## Motorisierte Flughafen-Bereitschaftskompanie

St. Gallen (spk) Als neue St. Galler Einheit ist eine motorisierte Flughafen-Bereitschaftskompanie im Einsatz. Im Rahmen der Revision der Truppenordnung leistet die Bereitschaftskompanie 1/43 seit Januar 1988 ihren Dienst, heisst es im Jahresbericht des St. Galler Militärdepartementes.

Gleichzeitig zu dieser Neubildung im Auszug wurde in der Heeresklasse Landwehr das Füsilierbataillon 289 gegründet, welches im nördlichen Kantonsgebiet zum Einsatz kommen soll.

## Weniger Arbeitslose in unserer Region

St. Gallen (spk) Zwar nahm die Zahl der Ganzarbeitslosen im Mai gemäss dem gesamtschweizerischen Trend auch in der Ostschweiz ab, jedoch scheren die Kantone St. Gallen und Glarus aus. Die ganze Ostschweiz liegt jedoch klar unter dem nationalen Durchschnitt der Arbeitslosenquote von 0,7 Prozent. Einen starken Rückgang verzeichnet Graubünden.

Insgesamt waren im Mai in den sechs Ostschweizer Kantonen 1514 Personen gänzlich ohne Arbeit. Das sind 53 weniger als im Vormonat.

## Geringe Wahlbeteiligung in Polen

Warschau (spk/dpa) An den Wahlen zu den regionalen Volksvertretungen in Polen haben sich am Sonntag nur etwa 56 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Dies gab die amtliche Nachrichtenagentur PAP am Montag unter Berufung auf die staatliche Wahlkommission bekannt.

Es ist die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte Volkspolens. Nach ersten Berichten war die Beteiligung in den grossen Städten besonders niedrig.

Die verbotene Gewerkschaft «Solidarnosc» hatte zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen.

